

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: BRD - Strukturpolitik - UN -
Entwicklungshilfe - Ost-West-Handel**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Kurz kommentiert: BRD - Strukturpolitik - UN - Entwicklungshilfe - Ost-West-Handel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 10, pp. 500-503

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134596>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

BRD

Am Ende der Aufwertungstreppe?

Zeichnet sich auch noch keine generelle Tendenzwende in der Preisentwicklung der BRD ab, so werden dennoch — wie die Entwicklung des Index für die Lebenshaltungskosten zeigt — erste Erfolge der Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung sichtbar. Kehrseite der intensiven Bemühungen, sich vom internationalen Inflationszug abzukoppeln, ist der verstärkte Aufwertungsdruck, dem sich die DM insbesondere gegenüber dem Franc ausgesetzt sieht.

Neue Nahrung für Aufwertungsspekulationen um die DM dürfte die Entwicklung der Handels- und Leistungsbilanz der BRD geben: Obwohl die DM seit Ende 1972 gegenüber dem US-\$ um 32% und gegenüber den am Gruppenfloating beteiligten Währungen um 10% aufgewertet wurde, zeigte die Handelsbilanz allein für August einen Rekordüberschuß von 3,2 Mrd. DM, der den Überschuß von Januar bis August auf 19 Mrd. DM ansteigen ließ. Zur Zeit noch stark wachsende Auftragsgänge zeigen, daß die Auslandsnachfrage gegenwärtig der am stärksten expandierende Bereich der Gesamtnachfrage bleibt. Ein Handelsbilanzüberschuß von 30 Mrd. DM, der die meisten Prognosen zu Makulatur degradiert, erscheint realistisch. Da auch die Leistungsbilanz mit 2,3 Mrd. DM allein für das 1. Halbjahr stark überschüssig ist, ebenso wie die meist als Indikator fundamentaler Zahlungsbilanzungleichgewichte herangezogene Grundbilanz mit 4,4 Mrd. DM für den gleichen Zeitraum, wird von hier ebenfalls ein Signal zu Kursanpassungen gegeben.

Auf der anderen Seite dürfte sich die Weltkonjunktur allerdings 1974 schon so abschwächen, daß in zunehmendem Maße die dämpfende Wirkung der erheblichen Aufwertungen bemerkbar wird. Nach Auffassung von Bundesbank und Finanzministerium ist daher eine erneute Aufwertung nicht zweckmäßig. Die Zeit scheint gegenwärtig für diesen Standpunkt zu arbeiten. kr

Strukturpolitik

Berlinhilfe — abschaffen?

Pleiten sind im Jahre 1973 nichts Neues. Wenn sie jedoch in Berlin geschehen und es sich wie im Falle der Pleite von Jovy, der unter Ausnutzung der Berlinhilfe Hotels, Büroräume und Verbandszentren bauen ließ, um Abschreibungsgesellschaften handelt, horchen vor allem diejenigen auf, die eine Bresche in den deutschen Subventionswald schlagen möchten.

Derartige Unternehmenszusammenbrüche sind jedoch kein Spezifikum der Berlinhilfe. Die Kon-

struktion dieser Gesellschaften als GmbH & Co KG verleitet gerade dazu, mit möglichst wenigen Eigenmitteln zu arbeiten. Bei geringem Eigenkapital und hoher Verlustzuweisung wird die Steuerersparnis höher als die eingesetzten Kommanditeinlagen. Daher erscheint es selbstverständlich, daß solche Gesellschaften Dürststrecken nur schwer überwinden können. So haben schon viele gutverdienende Bundesbürger, die auf Kosten der Steuerzahler hohe Gewinne einstreichen wollten, erfahren müssen, daß mit jeder unternehmerischen Tätigkeit ein Risiko verbunden ist. Dies gilt in Berlin ebenso wie beim Schiffbau. Subventionen und Steuervergünstigungen sind nun einmal die Instrumente der Strukturpolitik, und es scheint das Schicksal jeder Förderungspolitik zu sein, daß einige Leute cleverer und einfallsreicher als die Gesetzgeber sind.

Eine generelle Abschaffung — zum Teil wohl auch im Hinblick auf die Berlinverträge gefordert — dürfte und sollte deshalb auch aus der Diskussion bleiben. Denn Westberlin braucht aufgrund seiner schlechten Standortsituation eine Förderung. Doch sollten marginale Änderungen des erst 1970 neu konzipierten Gesetzes angestrebt werden. Zunächst wäre es wünschenswert, wenn, ähnlich wie beim Zonenrandförderungsgesetz, die Verlustzuweisungen an die Kommanditisten unmöglich gemacht werden. Weiterhin sollten Überlegungen angestellt werden, ob nicht die vermögenspolitischen Effekte auf die Bezieher mittlerer Einkommen ausgedehnt werden können. Allerdings ist es heute zweifelhaft, ob diese Modifikationen letztlich noch Auswirkungen haben, da die Baulücken in Berlin fast geschlossen sind. hn

UN

Angriff auf die Multinationalen?

Mit seinem Report über die multinationalen Unternehmen (MU) hat der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) dokumentiert, daß nun auch die UNO den internationalen Konzernen verstärkt Aufmerksamkeit schenkt.

Das Bemühen der UNO, wie die OECD, das internationale Arbeitsamt (ILO) und die EWG etwas mehr Licht in das Dunkel der multinationalen Tätigkeit zu bringen, ist zu begrüßen. Denn der Mangel der bisherigen Diskussionen war, daß man zwar am Beispiel von ITT in Chile zeigen konnte, was MU alles können. Ein fundiertes Urteil war aber bisher aus Mangel an Informationen nicht möglich. Insofern ist jede Initiative nützlich, mit deren Hilfe es hier zu gesicherten Aussagen kommt. Dazu ist auch die Bildung der „Group of Eminent Persons“ zu zählen, wenn sie wohl auch in erster Linie wegen der erhöhten Öffent-

lichkeitswirksamkeit gebildet wurde. Die eigentliche Arbeit steht noch bevor.

Alle weitergehenden Erwartungen an die UN-Tätigkeit auf dem Gebiet der MU sollten allerdings nicht zu optimistisch sein. Zwar kann die UNO zu einer wertvollen Koordinierungsstelle für die Sammlung und den Austausch von Daten über die Unternehmen werden. Wahrscheinlich wird es sogar zu einem Kodex von allgemein anerkannten Verhaltensweisen für MU, ihre Stammländer und die Anlageländer, so wie er im Report vorgeschlagen wird, kommen. Die entscheidende Frage dabei muß aber sein, wer im Falle eines Verstoßes die Sanktionen erläßt. Die Gründung einer internationalen Organisation, wie sie den Verfassern des Reports vorschwebt, hat nur dann einen Sinn, wenn sie mit den entsprechenden Kompetenzen versehen ist. Und daß es in absehbarer Zeit zu einem „Welt-Gesellschaftsrecht“ kommen wird, ist angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen selbst unter den Entwicklungsländern nicht zu erwarten. ma

Entwicklungshilfe

Zurück zur Natur

Weltbankpräsident McNamara pfeift seine Industrialisierungsstrategen zurück. Auf der gemeinsamen Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in Nairobi forderte er als wesentliche Voraussetzung für größere Erfolge zukünftiger Entwicklungshilfe eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik von seiten aller Beteiligten; konkret: den Übergang von der wenig erfolgreichen Strategie der Industrialisierung zur stärkeren Förderung des landwirtschaftlichen Sektors.

Diese Kurskorrektur war längst überfällig. Denn auch in Washington konnte es auf die Dauer nicht unbekannt bleiben, daß die Landwirtschaft in nahezu allen Entwicklungsländern immer noch die überragende Rolle spielt. Sie gibt 50-75 % der Bevölkerung überhaupt Arbeitsmöglichkeiten und bildet nahezu überall die Basis für Industrialisierung und Exportsteigerung. Eine ausgewogenere Förderung des industriellen und landwirtschaftlichen Sektors – speziell der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe – könnte deshalb wesentlich zur Lösung des dringendsten entwicklungspolitischen Problems der „absoluten Armut“ beitragen, die nach McNamaras eigenen Angaben mindestens 40 % der Bevölkerung trifft. Sie ist gleichzeitig Voraussetzung für eine fühlbare Verbesserung der Einkommensverteilung zugunsten der armen Schichten.

Angesichts der Tatsache aber, daß selbst die industrialisierten Staaten außerstande sind, ihre Verteilungsprobleme zu lösen, muß stark bezwei-

felt werden, daß die Entwicklungsländer diese Voraussetzung für wirksamere Entwicklungspolitik verwirklichen werden. Sie werden in ihrer Mehrzahl das politische „Risiko der Reformen“ vor sich herschieben, wengleich sie sich damit auch weiterhin dem „Risiko der Revolution“ aussetzen. Das gilt auch für die Einstellung der Entwicklungsländer zur Industrialisierung. Denn vielfach verlangt ihr stark ausgeprägtes Nationalbewußtsein nach höherem internationalen Ansehen, das sie nicht zuletzt durch die verstärkte Industrialisierung zu gewinnen hoffen. Doch das sollte die Weltbankfachleute nicht beirren. kü

Ost-West-Handel

Zinssubventionen?

Während von allen wichtigen westlichen Industrieländern bereits seit langem staatlich verbilligte Exportkredite im Osthandel gewährt werden, ist die Diskussion darüber in der BRD erst jetzt in vollem Gange. Es geht um die Beseitigung der im Vergleich zur westlichen Konkurrenz bestehenden Zinsunterschiede, die im längerfristigen Durchschnitt zwei bis drei, in der aktuellen Situation sogar drei bis vier Prozentpunkte betragen.

Immerhin ist es erstaunlich, daß die BRD trotz höherer Exportzinsen in allen Ostblockländern den Spitzenplatz unter den westlichen Lieferländern einnimmt. Gründe dafür könnten in der Ausnutzung vorhandener Kalkulationsspielräume und verschiedener Wettbewerbsvorteile liegen, die sich jedoch nach Auffassung der Bundesregierung zunehmend verringert haben. Die Regierung scheint zu hoffen, durch eine neue Zinspolitik die von östlicher Seite angedeutete mögliche Einbuße im Ost-West-Geschäft vermeiden zu können. Von der deutschen Exportwirtschaft wird diese Auffassung nicht geteilt. Ihrer Meinung nach bedarf es keiner gezielten staatlichen Kreditverbilligung für bestimmte Ost-West-Geschäfte. Für sie stehen vielmehr die Probleme im Vordergrund, die sich durch Zinssubventionen ergeben. Man äußert einerseits generelle ordnungspolitische Bedenken und verweist zum anderen darauf, daß eine exportfördernde Maßnahme wie die Zinssubventionierung nicht in das Stabilisierungskonzept der Bundesregierung paßt. Daneben könnte die westliche Konkurrenz einen derartigen Schritt zum Anlaß für einen unerwünschten Kreditwettlauf nehmen. Nicht zuletzt bliebe es problematisch, wie die Subventionierung ohne Diskriminierung nach innen und außen (Entwicklungsländer!) auf Ostkredite begrenzt und so eine verstärkte Belastung des Bundesetats vermieden werden könnte. Es scheint also, daß die deutsche Industrie ihre Leistungsfähigkeit höher einschätzt als die Regierung. hp